

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljahr 6,75 RM., monatlich 2,25 RM. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich 2,25 RM., zzgl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 5,50 RM., für das übrige Ausland 9,50 RM., bei täglich einmaliger Zustellung 1,50 RM. Postbestellungen nehmen an: Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Samstags einmal.

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
 Berufsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 6. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
 Berufsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 9365 u. 14662.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Kompartimentzeile kostet 20 Hg. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 40 Hg. (gültig 2 spaltige Zeilen), jedes weitere Wort 20 Hg. Stellungsgebühr und Schließungsgebühr das erste Wort 20 Hg., jedes weitere Wort 15 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Leuzerungsgebühr 50%. Familien-Anzeigen, politische und gesellschaftliche Korrespondenz-Anzeigen 30 Hg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, eingereicht werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Vernichtungskrieg gegen die Sowjetregierung.

Die Entente erklärt die Bolschewiki für vogelfrei.

Die in Berdjansk am Kosowischen Meer für die deutschen Truppen erscheinende Zeitung „Neue Nachrichten“ veröffentlicht folgenden Aufruf der zum Eingreifen in Rußland entschlossenen Alliierten:

Hiermit bringen wir zur Kenntnis der Bewohner Oessas und seiner Umgegend, daß wir auf dem Territorium Rußlands eingetroffen sind, um die Ordnung herzustellen sowie zur Befreiung von den bolschewistischen Usurpatoren, weshalb auch die Nachrichten der provokatorischen Bolschewiki, die verbündeten Heere seien nach Südrußland gekommen, um die Deutschen hinauszuschlagen, durchaus unwahr sind.

Die Deutschen sowohl wie auch wir sind nicht als Eroberer hierhergekommen, sondern als Verteidiger des Rechts, deshalb laufen ihre und unsere Ziele hieselbst zusammen.

Die Nachrichten von bevorstehenden Kämpfen sind unwahr und werden zu dem Zwecke verbreitet, um eine Panik hervorzurufen.

Alle ungesunden Elemente Rußlands — die Bolschewiki und ihre Anhänger — werden als außer dem Gesetze stehend erklärt. Personen, welche Bolschewiki verbergen, sollen dem Feldgericht übergeben werden.

Wir erkennen keinerlei Organisationen an, außer den Organisationen, welche gegen die Bolschewiki kämpfen: die Freiwilligen- und die Kosakenarmee, sowie die Armee der konstituierenden Versammlung, in Anbetracht dessen allen Organisationen, welche im Besitze von Waffen sind, vorgeschrieben wird, die Waffen den speziell dazu bestimmten Vertretern der internationalen Heeresabteilung abzuliefern.

Der Aufruf ist unterschrieben: für England: Sir Rebil, Frankreich: Goury, Japan: Gajani, Rußland: Schilinskij, Italien: Saniti, Belgien: Dreimann, Serbien: Silitich, Griechenland: Kargit, Rumänien: Geinesku.

Welche Wirkungen dieses fürchterliche Manifest hat, schildert eine Depesche aus Jarskoje-Selo, in der es u. a. heißt: „Am Süden finden erbitterte blutige Kämpfe statt. Mehrere Hundert von Arbeitern sind aufgehängt worden, die Straßen bieten das Schauspiel vieler aufgehängter Arbeiterleichen. Der Stadtkommandant in Krasnow publiziert ein Telegramm von Denekin, das befiehlt, jeden Rebellen der verhafteten Arbeiter aufzuhängen. In anderen Orten finden Aufhängungen in Massen statt.“

Bayern wählt am 12. Januar.

Ein Erlaß der bayerischen Regierung setzt die Wahlen zum neuen bayerischen Landtag auf Sonntag, den 12. Januar, fest. Wahlberechtigt sind alle männlichen und weiblichen bayerischen Staatsangehörigen, die am Tage der Wahl 1. das 20. Lebensjahr zurückgelegt haben, 2. die bayerische Staatsangehörigkeit besitzen. Die Wahlbarkeit dagegen beginnt erst mit dem 25. Lebensjahre.

Der Thronverzicht des Kronprinzen.

Die Urkunde, durch die der frühere Kronprinz auf seine Rechte an der Krone verzichtet, ist in Berlin eingetroffen. Sie lautet: „Ich verzichte hiermit ausdrücklich und endgültig auf alle Rechte an der Krone Preußens und an der Kaiserkrone, die mir, sei es auf Grund der Thronerfassung Seiner Majestät des Kaisers und Königs, sei es aus einem anderen Rechtsgrunde zustehen mögen. Für seine Nachkommen hat der Kronprinz also keine Verzichtserklärung abgegeben.“

Keine Internierung der Madensenerarmee.

Berlin, 5. 12. 1818. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat durchgeleitet, daß von einer Internierung der Heeresgruppe Madensen endgültig Abstand genommen wird. Die Rückführung der Truppen in die Heimat wird mit der Bahn und zu Fuß fortgesetzt. Eine größere Anzahl von Formationen hat die deutsche Grenze bereits überschritten.

Budapest, 5. Dezember. (Vollständiges Bureau.) Madensen bleibt in Stohwarden. Er erklärte, daß er an dem aus Deutschland erhaltenen Befehle leibhaftig ausschließlich mit der ungarischen Regierung verhandelt. Der Flügeladjutant Madensens erklärte, daß die entwaffneten deutschen Truppen über Oberberg und Böhmen in die Heimat zurückkehren, da Madensen die Gewähr besitzt, daß die tschechische Regierung dem Durchmarsch der entwaffneten deutschen Truppen keine Hindernisse in den Weg zu legen beabsichtigt.

Die Kohlenkatastrophe in Wien.

Wien, 5. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Kohlennot wird in Oesterreich, namentlich in Wien, immer katastrophaler. Nachdem gestern strenge Vorschriften über die Beschränkung der Kohlenzufuhr, über die Absperrung der Hauptstraßen und der Kaffeehäuser erlassen worden waren, wird heute vom Magistrat mitgeteilt, daß von morgen ab an die elektrischen Straßenbahnen um 8 Uhr den Verkehr einstellen. Auch der Betrieb der Wiener Elektrizitätswerke ist nur bis zum 12. Dezember gesichert. Die Direktion teilt mit, daß, wenn die Kohlenzufuhr sich nicht bessert, sie mit der Absperrung der Konsumentenleitungen vorgehen müsse, und zwar, daß zunächst die großen Betriebe mit motorischer Kraft, dann die elektrische Straßenbahn und schließlich die Haushaltungen keinen elektrischen Strom mehr geliefert bekommen werden, so daß die Gefahr besteht, daß eine Reihe von Werksbetrieben und vor allem in kurzer Zeit die Straßenbahn überhaupt stillgelegt werden.

In der deutschösterreichischen Nationalversammlung richtete heute der Präsident des Staatsrats, Genosse Seih, einen Appell an die tschechischen Proletarier und machte sie darauf aufmerksam, daß durch die Blockade, die von dem tschechischen Volk ausgeht, nicht die bürgerlichen Schichten am schwersten getroffen werden, sondern vor allem die deutschen Proletarier in Wien. Er erinnerte daran, wie sich im Kriege die deutschen Proletarier verhalten haben, als das tschechische Volk geknechtet wurde, als Hochverratsprozesse in Massen geführt wurden und als die Galgen aufgerichtet waren. Wer hat euch da geschützt in diesem Staat? Es waren die deutschen Sozialdemokraten, die trotz der schwersten Verleumdungen, denen sie ausgesetzt waren, brüderliche Solidarität geübt und die Freiheit der anderen Nationen verteidigt haben. Wir können nicht glauben, daß zum Dank für das, was wir gerade für die Tschechen während des Krieges geleistet haben, die tschechischen Proletarier mit helfen werden, daß die Wiener Arbeiter hungern und werden.

Die Ententekommission in Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven, 5. Dezember. Die Ententekommission ist heute mittag 12.15 Uhr auf dem Linienschiff „Derkules“ vor Wilhelmshaven eingetroffen.

Berlin, 5. Dezember. Nachrichten aus Holland zufolge wird die englische Regierung bei den Friedensverhandlungen fordern, daß Deutschland seine Flotte mehrere Jahre lang in den Verbandsländern interniert lassen muß. England vertritt diese Forderung, um zu verhindern, daß Deutschland als Militärmacht nochmals Bedeutung erlangen kann.

Die Franzosen im Elsaß.

Massenausweisung der eingewanderten Deutschen.

Bei der Brückenwache von Neuenburg wurde wiederum eine größere Anzahl von Personen abgeliefert, die aus dem Oberelsaß stammen und von den Franzosen ausgeliefert waren. Sie geben an, daß alle Nichtfranzosen und alle naturalisierten Elsässer interniert oder abgeschoben würden. Als Elsässer gelten für die französischen Behörden diejenigen, deren Väter Elsässer waren. Die aus Straßburg ausgewiesenen Deutschen sagen übereinstimmend aus, daß familiäres deutsches Geld bis zum 15. Dezember umgewechselt sein muß, wobei der Kurs der Mark auf 1,25 Franken, dagegen für Deutsche nur auf 60 Centimes berechnet wird. Zeitungsnachrichten mit der Überschrift: „Ein französisches Militärdenkmal an Elsaß-Lothringen“ bestätigen diesen Sachverhalt. Durch Plakate wird zur Plünderung deutscher Geschäfte aufgefordert, ohne daß die Franzosen irgendwelchen Schutz gewähren. Französische Offiziere äußerten, sämtliche Deutsche würden auf dringendes Verlangen der Elsässer baldmöglichst ausgewiesen, die Männer im wehrpflichtigen Alter würden interniert und dann später zum Wiederaufbau Nordfrankreichs verwendet werden.

Straßenkämpfe in Hohensalza.

Hohensalza, 5. Dezember. Die Plünderungen, die gestern hier vereinzelt vorgenommen wurden, fanden heute ihre Fortsetzung. Von den Beteiligten wurden bereits vier Zivilpersonen polnischer Nationalität erschossen. Infolgedessen nahmen polnische Soldaten gegen die Soldatenräuber Partei, so daß sich in den Nachmittagsstunden Straßenkämpfe entwickelten, bei denen auch Handgranaten und Maschinengewehre eine Rolle spielten. Sämtliche Geschäfte in den Hauptstraßen und am Markte wurden nachmittags geschlossen. Niemand durfte die Straße passieren. Gegen Abend wuchs der Verkehr wieder freigegeben.

Offener Brief an Oberst House.

Von Walter Rathenau.

Herr Oberst,

Vier Jahre habe ich in der Not meines Herzens mir den Augenblick vorgestellt, wenn alle Hoffnungen meines Volkes, alles nationalisistische Selbstbewußtsein, ja, selbst der Glaube an die Gerechtigkeit seiner Sache zusammenbrechen würde. Ich habe geglaubt, das Leben würde stillstehen, die Menschen würden aus Verzweiflung in den Straßen niedersinken.

Nichts ist geschehen. Das Leben ging weiter, die Menschen waren wie Kinder, die an offenen Gräbern spielen.

Warum sage ich Ihnen das?

Weil man von der Schuld des deutschen Volkes spricht. Das Volk ist in den Krieg gegangen, weil man ihm gesagt hat: es muß sein. Es hat sich töten lassen, es hat getötet und zerstört, weil man ihm gesagt hat: es muß sein. Jetzt, da es vor seinem Untergange steht, öffnet es zum erstenmal seine erstaunten Augen und fragt: muß es sein?

Vor Jahrhunderten haben die großen Völker des Westens das Erwachen erlebt durch den Wortspruch der Revolution. Wir haben bis gestern keine deutsche Revolution gekannt, denn 1848 war ein gutmütiger Putz der Bürger. Wenn es eine deutsche Schuld gibt, so ist dies die einzige.

Schuldige Menschen gibt es. Außer den Wenigen, die aus Nachtwahn den Krieg gewollt haben, sind wir es. Wir, die Beinh oder Hundert, die den Krieg kommen sahen, die vom ersten Tage seinen Wahnsinn und seine Hoffnungslosigkeit wußten, die Gewalttaten verurteilten, den Unterseerrieg und die Feindschaft Amerikas als Beginn der Katastrophe erkannten.

Unsere Schuld ist, daß wir heute noch leben. Abwenden konnten wir nichts.

In meinen Schriften habe ich vor dem Kriege gewarnt. Als er kam, habe ich die Rohstoffwirtschaft organisiert, um den sofortigen Zusammenbruch zu verhindern; dann habe ich alle meine Arbeit darangesetzt, um Frieden, Versöhnung, Abkehr von Gewaltpolitik und Annexionismus zu vertreten. Im Juli 1917 sah ich zum letztenmal Ludendorff im Hauptquartier. Ich sagte ihm: Wenn Sie Ihre wahllosen Forderungen verwirklichen wollen, müssen Sie London, Paris und New York besetzen; ich wies ihm die falschen Zahlen und Berechnungen der Marine nach und die Ausschichtslosigkeit des Unterseerrieges. Er setzte mir entgegen, was er sein Gefühl nannte und was seine schrankenlose Gewalt war. Einmal freilich habe ich zum Widerstand geraten: als derselbe Ludendorff die Regierung zwang, statt der Liquidation den Bankrott anzumelden.

Warum sage ich Ihnen das?

Um zu zeigen, daß gegen den alten Militärstaat, der durch seine Macht jeden Willen und durch seine Information jeden Geist knebelte, jeder Widerstand vergeblich war.

Deutschland ist schuldlos. Der deutsche Wille war trotz aller Parlamente gebunden durch die fürchterliche Militärmacht. Durch die Revolution ist zum erstenmal der deutsche Wille frei, und dieser Wille ist der Frieden.

Deutschland war stets ein gefährdetes Land. Auf einem Boden, der dreißig Millionen ernähren kann, sind ständig erwachsen. Sie haben von der Lohnarbeit für andere Völker gelebt und Zeit gefunden, der Welt manch schönes Gut des Geistes zu denken.

Unter Außenhandel ist erschüttert. Wir verlieren Elfaß mit seinem Erdöl und Stahl und Lothringen mit seinen Erzen. Unsere Kolonien sind gefährdet. Es bleibt uns kein bedeutender Rohstoff außer Kohlen. Der Reichsverband droht zu zerfallen. Seit drei Jahren hungert das Volk, schwindet der Nachwuchs. Wir sind tief verschuldet und haben kein Arbeitsmaterial. Ueber uns schwebt die Gefahr einer gewaltigen Kriegsschädigung. Die Militärmacht ist entworfen, wir sind wehrlos.

Warum sage ich Ihnen das, da Sie es wissen?

Nicht um Mitleid und Erbarmen zu erbitten, sondern um von einer Verantwortung zu reden, die auf Erden nicht war, solange es einen menschlichen Geist gibt, und nicht wieder sein wird.

Herr Oberst, unsere Bekanntschaft war nicht lang. Doch haben Sie mir einiges Vertrauen erwiesen, weil ich vertrauensvoll und wahrhaft Ihnen die Lage meines Landes darlegte und Ihnen sagte, daß nur Amerika den Frieden bringen könne. Mein menschliches Vertrauen zu Ihnen und zu Ihrem Freunde und Präsidenten ist unerschütterlich, so wie ich nie im Kriege aufgehört habe, an die

großen Traditionen Amerikas, Frankreichs und Englands zu glauben. Ihr Vorkämpfer wird Ihnen gesagt haben, daß ich bis zum letzten Augenblick für die Freundschaft mit Amerika eingetreten bin und Ihr Vertrauen nicht getrübt habe. Kann es Sie als freien Vertreter eines freien Staates compromittieren, wenn ich als Deutscher und als Mensch zu Ihnen rede? Dann lehnen Sie mich ab und sagen Sie: Ich kenne Sie nicht.

Niemals ist, solange es Weltgeschichte gibt, drei Staaten und ihren politischen Häuptern, Wilson, Clemenceau und Lloyd George, eine solche Macht verliehen worden. Niemals, solange es Weltgeschichte gibt, ist das Sein und Nichtsein eines ungebrochenen, gesunden, begabten, arbeitstüchtigen Volkes und Staates von einem einzigen Entschluß verantwortlicher Männer abhängig gewesen.

Wenn in Jahrzehnten und Jahrhunderten die blühenden deutschen Städte verödet und verkommen, das Erwerbsleben vernichtet, der deutsche Geist in Wissenschaft und Kunst verelbt, die deutschen Menschen zu Millionen von ihrer heimatlichen Erde losgerissen und vertrieben sind: Wird dann vor dem Tribunal der Geschichte und vor dem Richterstuhl Gottes das Wort Geltung haben: Diesem Volk ist recht geschehen, und drei Männer haben dieses Recht vollzogen?

Wird diese Gewalttat eine Segenszeit der Völker einleiten?

Serr Oberst, mein Leben ist vollbracht; für mich erhoffe und fürchte ich nichts mehr, mein Land habe ich meiner nicht, ich denke seinen Untergang nicht lange zu überleben. Als ein schwaches Glied eines ins Herz getroffenen Volkes, das gleichzeitig um seine späte Freiheit und den Rest seines Lebens ringt, rede ich zu Ihnen, dem Vertreter der aufstrebendsten aller Nationen.

Nach vier Jahren waren wir schenbar Throngleichen. Scheinbar, denn uns fehlte, was den Staaten die Festigkeit des Daseins gibt: die innere Freiheit. Heute stehen wir am Rande der Vernichtung, die unabwendbar ist, wenn Deutschland nach dem Räte derer verurteilt wird, die es hoffen.

Denn dies muß ausgesprochen werden, klar und eindringlich, so daß jeder das Unabwendbare versteht, alle Völker und Geschlechter, die jetzigen und die kommenden:

Was uns angedroht wird, was der Hohn und anzutun vorschlägt, ist die Vernichtung. Die Vernichtung des deutschen Lebens jetzt und in alle Zukunft.

Nicht an Ihr Mitleid wende ich mich, sondern an das Gefühl der menschlichen Solidarität. Ich weiß, niemand empfindet es tiefer als Sie und Wilson, kein Volk versteht es klarer als die große, an Freiheit und Selbstverantwortlichkeit gewöhnte amerikanische Nation:

Die Menschheit trägt eine gemeinhine Verantwortung. Jeder Mensch ist für das Schicksal jedes Menschen verantwortlich, auf das er Einfluß hat, jede Nation ist verantwortlich für das Schicksal jeder Nation.

In diesen Tagen werden Beschlüsse gefaßt, die auf Jahrhunderte das Geschick der Menschheit bestimmen. Wilson hat ausgesprochen, was nie zuvor irdische Gewalt zu bewirklichen mochte: Friede, Versöhnung, Recht und Freiheit für alle. Gott gebe, daß seine Worte Wahrheit werden.

Werden sie es nicht, so trifft das alte biblische Wort ein, das Blutrache und Überlieferung: Und für den Sieger wird der Sieg verderblich. Werden sie Wahrheit, so ist der Welt ein neues Zeitalter geschenkt und die unglücklichen Opfer des Krieges waren nicht vergeblich.

Ich grüße Sie in menschlichem Vertrauen.

Wilson's Völkerbund-Vorschläge.

Haag, 5. Dezember. (Holländisch Bureau.) Ein Sonder-Korrespondent der „New York Times“ in Washington meldet: Die Vorschläge des Präsidenten Wilson für einen Völkerbund sind offenbar fertiggestellt. Wie es heißt, basiert der amerikanische Vorschlag auf einer internationalen Erbpolitik. Die Regierung wird die Einrichtung eines Schlichtungs-Gerichtshofes befürworten, und es ist die Absicht vorhanden, daß alle Nationen des Völkerbundes sich verpflichten, ihre Dis-

senzen diesem Schiedsgericht vorzulegen und seine Entscheidung als definitiv anzusehen. Der wichtigste Teil des Vorschlages ist, daß alle deutschen Schiffe, die auf Grund des Waffenstillstandsvertrages ausgeliefert sind, der Exekutive des Völkerbundes als Kern der internationalen Polizeiflotte ausgeliefert werden sollen.

Der wichtigste Teil wäre natürlich die Einrichtung des Schiedsgerichtshofes, dessen Sprüche bindend sein sollen. Zu den Forderungen, die darüber hinaus für den Völkerfrieden größte Bedeutung haben, gehört der internationale Arbeiterschutz! Daraus ist in der Meldung keine Rede. Man braucht darauf aber zunächst noch nicht ohne weiteres zu schließen, daß Wilson diesen Punkt überhaupt übergegangen hat. Sicher ist jedenfalls, daß die Arbeiterklasse aller Länder in dieser Beziehung während der Friedensverhandlungen zu großen Aktionen zu schreiten haben wird. Zu gemeinsamen Aktionen.

Die Internationale.

Aus Genf wird der „Frankfurter Zeitung“ mitgeteilt: Der Führer des Verbandes der französischen Seeleute Ribelli hält gegenwärtig in den französischen Hafenstädten ausgiebige internationale Arbeiterbeziehungen Vorträge. In Toulon und Nizza hat er dabei den Mut gehabt, offen für eine Verhöhnung Frankreichs und Deutschlands einzutreten. Der Berichterstatter des „Temps“ versichert, daß die Versammlung nicht stark besucht war, und daß der Redner keinen Beifall fand, demnach fand er aber doch auch keinen Widerspruch.

Die französischen Seeleute wissen also besser als die englischen, was sie den großen Zielen der Arbeiterklasse schuldig sind.

Deutschland und Ungarn.

Wien, 5. Dezember. (Wiener Telegr.-Korresp.-Bureau.) Ein seltiges Mitteil bringt unter dem sensationellen Titel „Bruch mit Ungarn“ eine Budapest Meldung, wonach „Pesti Naplo“ eine Erklärung in den Beziehungen zwischen der ungarischen und der deutschösterreichischen Republik festsetzt, und wie ihr die Abberufung des Wiener Gesandten Dr. Garret in Zusammenhang bringt. Wie wir erfahren, entbehrt diese Meldung der tatsächlichen Grundlage. Die Abberufung Dr. Garrets hat ihren Grund ausschließlich in einer ihm übertragenen Mission im Auswärtigen Amt der ungarischen Republik. Die Beziehungen zwischen Ungarn und Deutschösterreich bleiben fortwährend freundschaftlich und die Unmöglichkeit des oben erwähnten Bruches geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Verhandlungen über eine Lebensmittellieferung bekanntlich eine günstige Wendung genommen haben.

Die Tschechenzüge.

Wien, 5. Dezember. Die „Zeit“ meldet: Aus Lundenburg sind starke tschechische Streitkräfte, teilweise auf Transportzügen, im Anmarsch gegen Nikolburg. Die Tschechen machen kein Geheimnis daraus, daß sie die von Prag nach Budapest führenden Bahnhöfe in Besitz nehmen und die Verbindung mit der in Ungarn eingerichteten tschechischen Postverwaltung herstellen wollen.

Prag, 4. Dezember. Die Regierung der tschechischen Republik hat amtlich erklärt, daß sie nicht beabsichtigt, in Glogau einzufallen. Die Nachricht, daß ein Einfall in Preussisch-Schlesien beabsichtigt sei, sei vollkommen unrichtig.

Ermordung russischer Großfürsten.

Haag, 5. Dezember. (Holländisch Bureau.) Neuer meldet aus Charkow: Der Bericht, daß die Bolschewiki in Kiew den Großfürsten Sergius und Nikolai Nikolajewitsch, Großfürstin Elisabeth Feodorowna, die Prinzen Johannes, Konstantin, Nicol und Paul ermordet haben, wird bestätigt. Sie wurden gezwungen, in einen Bergwerkschacht zu springen, wo ihre Leichen jetzt gefunden wurden. Die russischen Blätter melden, daß derselbe Trupp die Jarin und ihre 5 Kinder, deren Leichen noch nicht gefunden worden sind, bevor sie die Treppe in Kiew absteigen, ermordet haben. Die Namen aller Mörder, die nach Perm abgereist sind, sind bekannt.

Es war gut, daß eine Chauffee sich öffnete mit einem Doppelpart aufstehender Eiden. Welche Wiesen lagen zu beiden Seiten. Es roch nach Wind und Herbst. Wasserläufe klangen herzu. Wiedererwachtes Ohr hörte wahrhaftig den Ausdruck. Alles im Gehirn zu dumpfen Wobeln versammelte Blut bekam plötzlich Luft, ergoß sich in die weißen Weiber der Augen, füllte hohe Schläfen aus und schob die Jangge vom Fels der Bahne langsam fort.

Wasser.... Wasser.... — waren die ersten Laute lechelin auf.

Es braun ein Mittern der Rosen, Ohren und Pupillen. Die Adre wuchsen höher aus den Schultern. Der Schritt der gedehnten Röhre hatte wieder Rhythmus und Figur. Und plötzlich fingelte die Mundharmonika. Sie lodte noch ein Lied von spärlich gelockerten Lippen und schmetterte zuletzt eine Fanfare.

Und dann war der See endlich da.

Nicht groß in Ausmaßen. Wie umhögerten dreiviertel des Ufers: das war trocken und mit rosa Blüten bestanden. In den Donner aberschulterter Tornister schrillten die Geschirre. Langgestreckte Hölle behüteten Gassen durch das Rohr. Eine Herde Wölfe gestampfte Schiff und Dinsen. Wir tassen eine Stunde lang. Wir pumpten die Gewalt von pranzia Regenwachen die weinglühende Seele hinunter. Es galt, den Brand der ganzen Eingeweide zu löschen, den brodelnden Verd der Flüche, die Qual des Sommers, den Vulkan dieses Krieges.

Es war niemand, der uns zurückhielt. Es war niemand, der noch Besinnung hatte. Eine Nato morgona von löstlichen Dieren bezwang unser Gehirn. Der Kausch hand unteren jag erwahten Sinnen bei, und seine bellenden Tunder strafften unsere Muskeln. Vor meinem Bild verbreiterte sich die Lagerung. Ich sah keine Uniformen mehr... ich sah nur gestroifte Bruststücke noch und einen Wald von Häuten.

In uns und über uns glühte die weiße Steinblume Stadt. Sie trock von Anpeltanne und kiefen Spiegel. Alles Gewesene trat heraus und lag wie Kuslas offen, davon wir uns hieken und darob ergrimmten und icklich kateellen. Esel kam über uns, und aus unseren Pinocin wuchsen Ruten. Wir schlupen die Larven herunter von dem kaulendenden Köpfeber der Radwanderer. Die Galle, lange genug gelocht in uns, brang mit der Nacht von Niammer- rütern über die Wistfabren Dine, Kinospiel und Tänzerinnen, Teile-Sprecher und Schladtenmalter. Es gelüfte uns, die Dainen-Nächte der Olesovaelängerer zu beschlafen mit unseren Däven, mit den Krügerenollen unserer Felle, mit den Oleser- hampfen, eitrigen Augenhöhlen, den Herdenarien unserer Rir- brüder in Plandern, vor Reims und an den besiegten Wasserlöchern Ohsarifik. Es gelüfte uns, die Scharfmörder rheinischer In- dustrien in den Somus unserer Sturmblatolone zu schleifen... in den Sturzbad der Explosionen, durch Gas, Neuvorblöße und Trichter Blut, durch die zerkerischen Nächte unserer Weiber, durch das Hungergeheul unserer Kinder, in die barbarische Oede der Millionen Mütter und Weisen, vor den schwarzen Nichterlich der Verminst, an den Galgen unserer gestellten Häuser.

Kundgebung der Unteroffiziere für die Regierung.

Reden in der Wilhelmstraße.

Der Bund der Vereinigungen aktiver Unteroffiziere und Aspiranten hatte zu gestern Mittag 1 Uhr eine Versammlung nach dem Zirkus Busch einberufen. Mehr als Zweitausend hatten dem Rufe Folge geleistet. Der Vorsitzende Suppe eröffnete die Versammlung durch Verlesung eines Aufrufs, in dem es heißt:

„Unsere Zukunft steht auf dem Spiele, wenn wir nicht umgehend Maßnahmen ergreifen, die uns vor dem Verlust unserer Rechts, unserer Freiheit und vor dem Untergange schützen. Die Zeit ist ernst, bitter ernst. Wir haben bereits wiederholt öffentlich versichert, für die gegenwärtige Regierung in der Aufrechterhaltung der persönlichen Freiheit und des Eigentums einzustehen und ferner jede neue Umwälzung, möge sie kommen von welcher Seite sie wolle, zu bekämpfen.“

Es ist daher beabsichtigt, die Unteroffiziere und Aspiranten zu einer freiwilligen Regierungsstruppe zu vereinigen die jederzeit bereit ist einzutreten, sobald irgendeine Affäre es mag, die bestehende Ordnung umzuwerfen. Wir stehen auf einem ledern Boden, der eines Tages unter unseren Füßen verschwinden kann. Es gilt, diesen Boden zu befestigen.

Unsere heutige Versammlung gibt lediglich der Verwirklichung unseres Programms und verfolgt keinen andern Zweck, was hiermit ausdrücklich festgestellt wird. Alle außerhalb stehenden Männer aber, die sich uns anschließen wollen, können dies ungefährlich tun.

Wir marschieren jetzt sofort mit Musik nach dem Dorotheenstädtischen Gymnasium, wo alles nähere bekanntgegeben wird.“

Der Zug hatte sich rasch formiert und setzte sich gegen 1/2 Uhr in Bewegung. Man schritt, von vielen Neugierigen begleitet, Linien den Linden entlang und bog in die Wilhelmstraße ein.

Vor dem Reichskanzlerhaus wurde Halt gemacht. Eine Abordnung begab sich zum Vollsbeauftragten Ebert, der bald darauf erschien. Er wurde dem Vorstandsmitglied Suppe mit folgenden Worten begrüßt:

„Wir wollen öffentlich erklären, daß wir fest zur Regierung Ebert halten und verhindern wollen, daß von der Reaktion oder dem Terrorismus die bestehende Ordnung umgestoßen werde.“

Er ließ seine Worte in ein von der Menge bereitwillig aufgenommenes Hoch auf die jetzige Regierung ausklingen.

Vollsbeauftragter Ebert antwortete:

„Ich danke Ihnen im Namen der Reichsregierung für das große Vertrauen, das Sie und einanderbringen, auf das Wiederherstellung der Ordnung und Energie auf den bisherigen Bahnen weiterzuführen, Ordnung und Sicherheit und Arbeitsgelegenheit zu schaffen bemüht sein wird, damit jeder wieder Erwerb und Arbeit finde. (Bravorufe.) Wir sind entschlossen, verfassungsmäßige Verhältnisse durch baldige Einsetzung der Nationalversammlung zu schaffen. (Stürmische Zustimmung.) Davon lassen wir uns nicht abhalten. (Erneuter stürmischer Beifall.) Weiter ist unser Ziel, einen baldigen Frieden zu erreichen, damit wir an den Wiederaufbau gehen können. (Beifallsturm.) Wenn Sie daran mitarbeiten wollen, sind Sie und willkommen.“

Ebert schloß mit einem Hoch auf das ganze deutsche Volk, in das die Versammelten lebhaft mit einstimmten.

Der Zug bewegte sich weiter durch die Leipziger-, Budapester- und Dorotheenstraße.

In Lehngartenstraße begegnete er einem anderen Demonstrationzug. Die Gardebunker zogen mit Plakaten durch die Straße auf denen zu lesen stand:

Die Gardebunker halten geschlossen zur Regierung Ebert-Quast.

Beidezüge begrüßten sich lebhaft und erfreut.

Im Dorotheenstädtischen Gymnasium angekommen, wurden von Suppe die näheren Angaben, die Bildung einer freiwilligen Schutztruppe betreffend, gemacht.

In der Leipziger Straße versuchten Zettelverteiler der Sparta-Gruppe den Demonstrationen Plakate in die Hand zu drücken. Dieser Versuch löste lauten Unwillen aus und unter Ruf: „Nieder mit Diebstahl“, „Nieder mit Sparta!“ wurden die Zettelverteiler sanft beiseite gedrängt.

Aber es war niemand, der das Signal gab. Es war niemand, der sich aufrichtete, auf daß wir um seinen heißen Mut und Scharen.

Niemand, den der Wille des Erbes trieb.

Wir waren erfüllt mit etwas, auf das wir feinerlei Nacht besahen, das wir bloß fühlen und nicht einmal ausfühlten; denn wir wandelten schon lange zwischen Schlaf und Schlaf.

Sonnenuntergang beschien den See, daß er rot lag wie eine Schale aus Rubin.

Ringum lächelte jedermann.

Die Fernen-Donner der Front klangen rhythmisch herein, ein Orgelglock in Wall.

Die Ruhe der Landschaft bezwang das letzte Wachslein —: den Haß, die Faust und die Kehle.

Dämmerung spannte sich aus. Korben stiegen und fielen. Pferde schritten vorüber —: o edler Schritt der Unverwundlichen (der Unverwundlichen? Sie, die sanft und stillvoll die Linie der Landschaft zu einem Kunstwerk formten!).

Mein Bild beschritt die feuchten Rinnen eines Feldweges, der ebenfalls zu bewohnten Dörfern führte. Wo noch die Dächer tau- blaues Schagen rauchten und Fenster mit Mädchen aus dem Rot edler Rollen brannten.

Wie das Geise einer Schmollburchen Wahn gleichen Wonen spuren, wassergefüllte. Wären doch Tränen mir gekommen hätten sie sich doch angeschlossen in diese dünnen Wäde, hinflehend zu einem Hause, wo über zartgebeilte Kinder eine Mutter das Rad gebet sprach.

Wie ein Amen fiel der Abendstern in meinen Gang zu Gott.

Notizen.

— Theater. Am 11. Dezember geht die Volkoper von Carl Weis „Der polnische Jude“ zum ersten Male am Deutschen Opernhaus in Szene.

— Eine Künstlergewerkschaft hat sich in München gebildet. Zu dieser Kammer gehören auch die wirtschaftlichen Verbände der Bühnenkünstler, Tonkünstler und Schriftsteller. Sie ist von der Regierung als die Organisation der bayerischen Künstler ausdrücklich anerkannt. Die Künstlergewerkschaft verfolgt lediglich wirtschaftliche Zwecke.

— An die Frauen der Entente hat die schwedische Reformierin Ellen Key ein Schreiben gerichtet, in dem sie sie bitten, helfend für die Lebensmittelferzeugung Deutschlands einzutreten und auch ihre Kräfte für gerechte Friedensbedingungen einzusetzen.

— Revolutionsbroschüren. Der Umsturz in Oesterreich-Ungarn hat zu allerlei Markensprovisionen geführt. Die Ungarn, Tschechen, Deutschen und Franzosen verstehen die bisher in Gebrauch gewesenen Marken mit Ueberdruß, der die neuen staatsrechtlichen Verhältnisse widerspiegelt. In Deutschösterreich liest man jetzt „Deutschösterreich“ darauf.

Tagung der Soldatenräte von Groß-Berlin.

5. Vollversammlung, Donnerstag, den 5. Dezember 1918, nachmittags 3 Uhr, im Plenarsitzungsraum des Reichstages.

Das Haus ist voll besetzt, ebenso die Tribünen. Der Vollzugsausschuss ist vertreten durch: Selberg, Rebiandt, Partner, Baasche, Kollensbucher und Cohen-Neuh. Als Vertreter der Offiziere nehmen Oehme und Bergmann an den Verhandlungen teil.

Vorsitzender Gottschling eröffnet die Sitzung um 3 1/2 Uhr. Schriftführer Bick erstattet den Bericht des Bureaus. Zur Frage der Aufwandsentschädigung wird folgende Erklärung vom Bureau abgegeben:

Erklärung.

„Durch in der Tagespresse schon wiederholt erschienenen Veröffentlichungen und durch allerlei Gerüchte, diese wieder hervorgerufen durch die Opposition gegen den Vollzugsrat, ist im Volkstum die Ansicht verbreitet, daß die Soldatenräte Groß-Berlins neben ihren festgesetzten Löhnungsbezügen besondere Aufwandsentschädigungen oder Gehalt beziehen. In ganz vereinzelten Fällen mag es vorgekommen sein, daß sich die Soldatenräte unzulässige Zuweisungen haben lassen, in den übrigen aber haben die Soldatenräte Groß-Berlins bisher keinerlei Gehälter erhalten, das ihnen prästierende Bureau hat überhaupt ehrenamtlich gearbeitet. Erst durch die in den letzten Tagen erscheinende Verfügung im Armeeverordnungsblatt werden die Soldatenräte in Zukunft eine Aufwandsentschädigung von 5 Mark täglich erhalten. Die Öffentlichkeit wird hierdurch geteilt, die Soldatenräte und ihr gewähltes Bureau auch nicht hinsichtlich der baren Bezüge mit dem Vollzugsrat zu verwechseln.“

Ueber einen Protest von Vertretern der sich in Berlin aufhaltenden Umlauber und Frontsoldaten, die gegen den Ausschluß aus der Sitzung der Soldatenräte Einspruch erheben, hat das Bureau beschlossen, zur Tagesordnung überzugehen.

Der Bericht wird ohne Debatte angenommen. Als zweiter Punkt folgen Auswahlwahlen. Als dritter Punkt folgen Auswahlwahlen. Die dazu vorgelegten Anträge entfallen eine längere Diskussion. In der Abstimmung wird der Antrag auf Bildung eines fünfzehngliedrigen Ausschusses, der die erforderlichen Organisationsarbeiten für die Soldaten der Groß-Berliner in Sonderausschüssen vorbereiten soll, und der das Recht hat, weitere Kameraden zu kooperieren, einstimmig angenommen.

Ein Antrag, der den Vollzugsrat um Auffklärung über die Restungsanfrage erstattet, wonach innerhalb von zwei Wochen 800 000 000 Mark Staatsgelder von Arbeiter- und Soldatenräten verhandelt worden seien, wird zurückgestellt.

Es folgt darauf eine langatmige Aussprache über die in dem neu gewählten Ausschuss zu entfallenden 15 Mitglieder. Bei dem Durcheinander, mit dem die Vorschläge gemacht werden, erklärt der Ausschuss ein zum ersten Male erscheinender Vertreter, er habe den Eindruck gewonnen, als ob man sich hier im polnischen Reichstage befindet. Schließlich werden im ganzen 25 Kameraden vorgeschlagen. Der Vorsitzende ordnet Wahl durch Stimmzettel an.

Knowitschen kommt ein Antrag Rothstein zur Verhandlung, der verlangt, daß nur solche Soldatenräte als Mitglieder des Vollzugsrats oder irgend eines Bureaus vorgeschlagen werden, die in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu dem bisherigen Vollzugsrat stehen.

Der Antrag wird durch Kamerad Kollensbucher begründet. Rothstein wendet sich gegen den Antrag. Bei der Abstimmung bleibt das Bureau zunächst zweifelhaft. Eine wiederholte Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages.

Rothstein erklärt: Ich las meine Kammer nieder, da ich als Delegierter des Vollzugsrates tätig bin.

Vorsitzender Gottschling: In der nächsten Versammlung werden Sie ein neues Präsidium zu wählen haben.

Es entspinnt sich eine erneute Debatte über die Tagespunkte des ersten Beschlusses und seine geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit.

Willner schlägt vor, den Antrag Rothstein dahin aufzufassen: Wer mit einem Vertrauensamt betraut wird und in irgend einem Abhängigkeitsverhältnis zum Vollzugsrat steht, hat dies vorher zu erklären. Hat die Verammlung trotzdem das Vertrauen zu ihm, wird er gewählt. (Beifall.)

Rothstein erklärt sich mit dieser Auffassung seines Antrages einverstanden.

Das Präsidium hat währenddessen die abgegebenen Stimmzettel für den Ausschuss gesichtet. Bei der Verlesung der Namen zeichnen die Angehörigen die Wahl ab. Zu den 14 Lebendigen werden durch Zutritt noch Komus hinzugezählt. Für Berner, der nicht anwesend ist, tritt Ege ein.

Die Versammlung beschließt somit die Wahl folgender Kameraden: Albrecht, Reichmann, Morgenroth, Feine, Hansen, Lange, Kollensbucher, Heine, Neuh, Stein, Hagenow, Willner, Ege, Falkenbach und Komus.

Für die Reichskommission werden ferner gewählt: Gramsch, Ludwig und Gerhardt.

Es folgt ein Dringlichkeitsantrag des Bureaus des Oberkommandos und 76 Genossen betreffend Wahlreglement zu den Soldatenratswahlen.

Ein Antrag von 76 Delegierten, die über 30 000 Mann vertreten, protestiert dagegen, daß der Vollzugsrat seine Verfügung betreffend die Wahl von Soldatenratsdelegierten für den 16. Dezember erlassen hat, ohne vorher Sachverständige aus den Kreisen der Soldatenräte zu hören, und daß der Vollzugsrat das Wahlbureau für diese Wahl nicht aus der Mitte der Soldatenräte gebildet hat. Die Vollversammlung solle fordern, daß

1. das Wahlbureau aus der Mitte der Vollversammlung gewählt wird,
2. Vorschläge für die Zusammenlegung von Truppendeilen und Behörden, die von diesen ausgesprochen werden, vom Wahlbureau berücksichtigt werden,
3. daß Behörden, die keine eigenen Vertreter haben, eine Gemeinshaft für die Wahlen zur Delegiertenversammlung der Soldatenräte bilden.

Ein weiterer Antrag protestiert gegen die Ausschließung der Militär-Genossenschaft von den Soldatenratswahlen.

Die Versammlung tritt darauf in die Besprechung der Wahlreglements ein. Es folgt zunächst zur Verhandlung die Frage der Wahlberechtigung der Offiziere.

Gerber bittet, den Offizieren, besonders den Vermittlungs-Offizieren, das aktive Wahlrecht zu geben, da man auf ihre Arbeit angewiesen sei. Eine andere Frage sei es allerdings, ob man ihnen auch das passive Wahlrecht zugestehen muß.

Grünberg beantragt, daß nur solche Offiziere gewählt werden dürfen, deren volkshfreundliche Gesinnung vor dem Kriege einwandfrei nachgewiesen sei.

Gottschling beschwört die Versammlung, nicht wieder in die alten Fehler zurückzufallen und denjenigen, die augenblicklich die Soldaten nach dem Willen reden, wieder zu einer Position zu verhelfen. Die Offiziere sind eine Gefahr für die Revolutionen der Revolution. (Lebhafte Zustimmung.) Wahl bittet einen Unterschied zwischen den Kommandier-Offizieren und den Arbeitsoffizieren, den Radoffizieren, zu machen. In der Abstimmung wird den Offizieren das aktive Wahlrecht einstimmig genehmigt, das passive Wahlrecht da-

gegen mit großer Stimmenmehrheit verweigert. Das Ergebnis ist lauten Beifall aus.

Es folgt nunmehr die Frage, ob die Militärbeamten im Offiziersrang ebenso wie die Offiziere behandelt werden sollen. Nach längerer Debatte wird den Militärbeamten mit Offiziersrang ebenfalls das aktive Wahlrecht zugesprochen, dagegen nicht das passive.

Hierauf erbittet sich Willner (Offizier) das Wort und führt aus: Ich habe meinen Kameraden und mir die Wahlbarkeit abgesprochen, nachdem ich mich vorher in den Ausschuss gewählt habe. Ich danke Euch für Euer Vertrauen und lege mein Amt in Euer Hände zurück. (Lebhafte Beifall und Hurufe aus der Versammlung.) Willner will den Saal verlassen. Energetische Rufe: Willner hierbleiben! halten ihn noch zurück. (Großer Lärm.)

Unter fortwährendem Lärm erklärt der nächste Redner Zimmermann: Wie kann man Offizieren, die mit ihnen im Verdacht stehen, die Rechte verweigern! Das ist nicht der Wille der Groß-Berliner Truppen und der Truppen von der Westfront. (Lebhafte Zustimmung.)

Unter allgemeiner Spannung führt darauf Willner aus: Ich habe als einziger berufene Richter entschieden, daß Offiziere und Beamte im Offiziersrang nicht wählbar sein sollen. Das ist Euer gutes Recht. Unsere Pflicht war es alsdann, zu erklären, daß wir unser Amt in Euer Hände zurücklegen. Das habe ich nicht demonstrierend getan. Ich will keine Ausnahme für mich. Ich feie die Herren und müßte wissen, was Ihr beschließt. Ich werde an der Stelle, die Ihr mir zugewiesen habt, weiter mitarbeiten. (Stürmischer Beifall. Willner verläßt darauf den Saal.)

Das ist ein großer Erfolg! Die Offiziersstreben danach, das Best wieder in die Hand zu bekommen. Damit ist dieser Zwischenfall erledigt. Die Beratung wendet sich wieder dem Wahlreglement zu. Das vom Vollzugsratschuss vorgelegte Reglement wird dahin geändert, daß die in den Lohn- bzw. Gehaltslisten geführten Militärpersonen, soweit sie nicht beurlaubt oder zu anderen Dienststellen kommandiert sind, eingerechnet werden. Es sollen jedoch nicht die Namen, sondern nur die Summe der Wahlberechtigten angegeben werden.

Gerber begründet darauf den Protest gegen das vorliegende Wahlreglement, das ohne Zuziehung von Sachverständigen aufgestellt sei.

Nach längerer Debatte schlägt Cohen-Neuh vor, eine kleine Kommission zu bilden, die mit den Kameraden des Vollzugsrats sich noch heute abend scheidet und die Mängel berichtet.

Dieser Vorschlag wird von der Versammlung angenommen. Es werden hierauf für die Kommission folgende 8 Mitglieder gewählt: Gerber, Corn, Reumann, Lampe, Witsch, Michnow, Wohnd, Popowitsch, Gahnemalch.

Es folgt als nächster Punkt der Tagesordnung der Antrag der Volkshochschule betreffend Kriegerheimstätten.

Der Antrag lautet: An den Rat der Volksbeauftragten richtet die im Reichstagsgebäude am 5. Dezember 1918 tagende Delegiertenversammlung der Soldatenräte der Groß-Berliner Truppen die Bitte, die vom Hauptauschuss für Kriegerheimstätten dem Rat der Volksbeauftragten durch Eingabe vom 14. November 1918 unterbreiteten Vorschläge sogleich durch Ratseingabe zur allgemeinen Durchführung zu bringen, damit die rückkehrenden Kameraden Grund und Boden zur Gründung von Heimstätten finden. Wir bitten dementsprechend

1. um eine Regelung des Enteignungsrechts zur Verbesserung des Wohnungs- und Stiefungsrechts;
2. um ein allgemeines Verkaufrecht bei Besitzwechsel von Grund und Boden;
3. um die Sicherung des ausgegebenen Bodens gegen spekulative Mißbrauch.

Zur Begründung dieses Antrages führt Schmidt aus: Schon der alte Reichstag hat sich mit dieser Frage beschäftigt. Es ist auch bekannt, daß der Bund deutscher Bodenreformer seit 20 Jahren in diesem Sinne tätig gewesen ist. Zu Anfang des Krieges ist ein Hauptauschuss für Kriegerheimstätten gegründet worden, der jetzt 3850 verschiedene Behörden und Organisationen umfaßt, darunter die freien Gewerkschaften, die Eisenbahner und viele Kommunen.

Auf die große allgemeine Bedeutung solcher Heimstätten brauche ich bei der herrschenden Wohnungsnot nicht näher einzugehen. Die Dringlichkeit der Sache ist heute noch dem Reineren klar denn je. Wenn man von sozialistischer Seite das Bedenken erhebt, der Industrie würden dadurch die Arbeiter entzogen, so trifft das nicht zu. Gerade die Industriearbeiter sollen den Nutzen davon haben. Sie sollen unabhängig gemacht werden von der Auswücherei der Mietshäuser. Es haben bereits 150 Arbeiter- und Soldatenräte diese Unternehmen durch ihre Zustimmung unterstützt. Lassen Sie uns auch das Unrecht tun, damit den von der Front Kommenden eine Heimstätte arbeiten wird.

Nachdem noch von anderer Seite der Antrag warm befürwortet ist, wird er ohne weitere Debatte einstimmig angenommen.

Es folgt nunmehr der Bericht des Siebener-Ausschusses über den Fall Wals.

Corn b erstatte den Bericht. Bei der Fülle des vorliegenden Materials war es dem Ausschuss bisher nur möglich, den Fall des Oberleutnants Wals zu klären. Der Redner berichtet darauf die schon bekannten Einzelheiten des Verhaltens von Wals und seine Auslassungen vor dem Untersuchungsrichter. Wals hat vor diesem nicht nur sämtliche Namen der Führer der Revolution genannt, sondern auch einen Operationsplan aufgestellt, der den Ausbruch des Aufstandes verhindern konnte. Er hat nicht nur Dünning, sondern auch Vorth und andere verraten. Die Siebener-Kommission ist einstimmig der Ansicht, daß Wals anfänglich für die Revolution hat arbeiten wollen. Er ist aber bei seinem Verhör vor dem Untersuchungsrichter weit über das hinausgegangen, was er als wahrer Republikaner hätte sagen dürfen. Er hat die Wäse der Genossen verraten und das Gelingen der Revolution in Berlin aufs Schwerste gefährdet. Darum hat der Vollzugsrat mit Recht seinen Rücktritt verlangt. Ferner ist die Siebener-Kommission einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, daß gegen Ledebour und Wals wegen ihres Verhaltens zu Wals kein Vorwurf zu erheben ist, da sie bis zum 28. November den wahren Sachverhalt nicht gekannt haben. Mit diesem Bericht kann die Anwesenheit Wals als endgültig erledigt betrachtet werden.

Die Versammlung scheidet sich dieser Auffassung an. Es folgt nunmehr die

Originalwahl zum Vollzugsrat.

Für die aus dem Vollzugsrat auszuscheidenden Mitglieder Wals und Colin Koh sind zwei neue Mitglieder zu wählen. Reichsmar bittet, Colin Koh das Vertrauen dadurch zu beweisen, daß man ihn wieder in den Vollzugsrat hineinträgt.

Colin Koh erwidert darauf, daß die Gründe für sein Austritt unüberwindlich feststehen. Er sehe keine Möglichkeit, entsprechende Arbeit im Vollzugsrat zu leisten.

Am Laufe der sich daran anschließenden Debatte werden eine Anzahl Kandidaten vorgeschlagen. Die Kandidaten werden aufgefordert, sich kurz über ihr politisches Programm zu äußern und zum Tisch.

Bei der Abstimmung über die vorgeschlagenen Kandidaten werden in den Vollzugsratsauschuss gewählt Gottschling mit 164 und Albrecht mit 138 Stimmen. Im ganzen waren 360 Stimmen abgegeben.

Die Höhe der den Soldatenratsmitgliedern zu gewährenden Entschädigung, die bekanntlich durch Verfügung auf 5 M.

täglich festgesetzt ist, veranlaßte eine längere Debatte. Ein Redner sagte, die Entschädigung sei viel zu gering, wenn man bedenke, daß die Mitglieder des Vollzugsrats täglich 80 M., Schreiber beim Vollzugsrat täglich 25-30 M., Ordnanzgen, die im Abgeordnetenhaus die Türen öffnen, täglich 15 M. bekommen. Demgegenüber beziehe der Soldatenrat an Löhnung, Zulage und Entschädigung täglich 11,70 M. Das sei eine Ungerechtigkeit. In der sozialen Republik müsse Gleichheit herrschen. — Der Vorkämpfer des Bureaus beantragte, sich mit einer Aufwandsentschädigung der Soldatenratsmitglieder von täglich 5 M. ohne Rücksicht auf Löhnung und Verpflegung zu begnügen und keine höhere Forderung zu stellen.

damit nicht der Soldatenrat als Erwerbsstellung aufgeföhrt werde.

Ein Redner beantragte, 15 M. Logegelder zu fordern. Die schon reichlich zur Hälfte geleerte Versammlung protestierte lebhaft gegen die Höhe dieser Forderung. — Ein Beschluß in der Entschädigungsfrage wurde nicht geföhrt. Der Vorsitzende Gottschling hatte gegen 10 Uhr die Versammlung verlassen müssen. Sein Stellvertreter war der Leitung augenscheinlich nicht recht gewachsen, es ging deshalb ohne parlamentarische Ordnung durcheinander.

Vertagung der Soldatenbelegiertenwahl.

Das Bureau der Soldatenräte Groß-Berlins gibt bekannt: Das Wahlreglement vom 3. Dezember für die Wahl von Soldatenbelegierten zu der am 16. Dezember zusammentretenden Delegiertenversammlung ist aufgehoben worden. Die Wahlen sind um 24 Stunden vertagt. Inzwischen wird ein Neuwahlreglement ausgearbeitet, der in der heutigen Soldatenratsitzung eingelesen worden ist, die endgültige Fassung feststellen.

Kundgebung der Garde-Nachrichtentruppen

Am ihren Entschluß, geschlossen für die gegenwärtige Regierung bis zur Nationalversammlung einzutreten, lurchgutun, traten die Soldatenräte der Garde-Panzer und Garde-Fernpost am gestrigen Samstag in einer Sitzung zusammen. Es wurde der Beschluß geföhrt, der Öffentlichkeit den Willen der Nachrichtentruppen, sich für Ebert und Daege einzusetzen, durch einen Demonstrationsszug darzutun.

So traten am Nachmittag auf dem Kasernenhof des Telegraphenbataillons in Treptow etwa 2000 Mann der Garde-Nachrichtentruppen zusammen. Die Panzer übernahmen die Führung. Zwischen einer roten und einer schwarz-rot-goldenen Fahne sah man das Plakat „Die Garde-Panzer geschlossen für Ebert-Daege“. Dann folgten die Panzer, soweit sie dienstfrei waren, mit ihrem Soldatenrat an der Spitze. Hinterher kamen die Fernpost mit einem gleichlautenden Plakat. Durch die Reihen, Schläuche, Trüben- und Reparaturtruppe zog der imposante Zug nach dem Alexanderplatz, von dort nach dem Schloß und die Linden entlang. Durch die Dorotheenstraße ging es nach dem Reichstag, die Linden zurück bis zum Reichstagsplatz, wo die Formationen aufstellend nahmen. Der Soldatenrat begab sich zu Ebert und Daege und überbrachte ihnen eine Adresse. Nach Empfang der Deputation erschien Ebert und hielt folgende Ansprache:

„Kameraden! In den letzten Tagen hatte es den Anschein, als ob zwischen der Regierung und den Panzern Meinungsverschiedenheiten beständen. Zu meiner Freude kann ich Ihnen mitteilen, daß es inzwischen zwischen den Vertretern der Regierung, des Vollzugsrats und Ihren Vertretern zu einer Verständigung gekommen ist. Die Differenzen sind ausgeglichen und der Punkt steht in einer Art und Weise geröhrt, der volle Garantie für die Vertrauensverhältnisse bietet. Ich danke Ihnen für Ihr einstimmiges Bescheid, daß Sie zu der Regierung halten. Seien Sie versöhrt, daß wir keinem Druck, weder von rechts noch von links nachgeben werden.“

Hierauf sprach ein Panzer den Volksbeauftragten das volle Vertrauen der Nachrichtentruppen aus und schloß mit einem Hoch auf die Regierung.

Der Demonstrationsszug zog dann nach dem Kriegsministerium und dem Abgeordnetenhaus, wo Daege und dem Vorsitzenden des Vollzugsrats ebenfalls Adressen überreicht wurden.

Polnischer Volkstag und deutscher Volksrat.

Der polnische Volkstag in Polen hat sich scharf gegen den Deutsches Reichshaus ausgesprochen. Wenn er in antipolnischem Sinne wirken sollte, müßten die Diktensmittelieferungen gekürzt werden. — Weiter sind die Forderungen an Getreide und Kartoffeln aus den polnischen Provinzen ganz regelmäßig eingelaufen. Für die westpolnischen Kreise hat sich ein deutscher Volksrat gebildet, der unter dem Vorsitz von Koprian in Walsen steht. Dieser deutsche Volksrat beabsichtigt, eine Deputation nach Berlin zu entsenden und hat vom Ministerium des Innern bereits Nachricht erhalten, daß empfangen werden soll.

Der polnische Teilgebietlandschaft in Polen nahm, einem Bericht des polnischen Volksrates zufolge, seinen Fortgang. Der Reichstagsabgeordnete Sedna gab einen Überblick über die politische Lage Polens. Der Redner schilderte die verschiedenen endgültigen Zusammenbrüche des preussisch-deutschen Militarismus und Imperialismus als äußere Gefahr und erklärte u. a. unter Hinweis darauf, daß die Koalition die in Frankreich kämpfende polnische Armee tatsächlich schon dem polnischen Nationalkomitee in Warschau unterstellt habe, daß die Polen von der Koalition als Bundesgenossen angeschlossen werden, denen sie auf der Friedenskonferenz auf Grund des Selbstbestimmungsrechts und der Geschichte Polens volle Gleichberechtigung zuteil werden lassen. Eine Resolution betreffend die Schaffung eines Koalitionsministeriums, das bei offen Polen Gebilde findet, wird auch von dem Vertreter der sozialistischen Partei ausdrücklich begrüßt.

Letzte Nachrichten.

Schießereien in Braunschweig.

In Braunschweig kam es gelegentlich des Einzugs der Oskaren mit holländischen Soldatenvertretern, weil die Oskaren sich zu Werten, hinter der roten Fahne durch die Stadt zu marschieren, zu Schießereien. Ein Offizier gab das Signal dazu. Ein Kind wurde getötet.

Verstaatlichung der englischen Eisenbahnen.

London, 5. Dezember. (Reuter.) In einer in Dundee gehaltenen Rede sagte Churchill, es bestehe nicht die Absicht, die Rückgabe von Helgoland zu verlangen. Die Admiralität halte das nicht für notwendig. Ferner teilte er mit, daß die Verstaatlichung der Nationalisierung der Eisenbahnen beschlossen habe.

Gewerkschaftsbewegung

Einheitsorganisation der Gasthausangestellten.

Zur Café „Waterland“ am Potsdamer Platz hatten sich am Mittwochabend nach Geschäftsschluss einige Tausend männliche und weibliche Angestellte des Gasthausgewerbes versammelt. Eine gleich große Zahl, die keinen Einlass in dem überfüllten Raum mehr finden konnten, drängten sich vor dem Eingang. Für einen Teil derselben wurde in einem anderen Saal eine zweite Versammlung veranstaltet. Der Ruf nach der Einheitsorganisation hatte die Tausende von Gasthausangestellten zusammengeführt.

Die fünf größten Verbände: Gastwirtschaftsverbände (freie Gewerkschaft), Genfer Verband, Deutscher Kellner-Verband, Verband der Köche, Christlicher Reichsverband der Gasthausangestellten hatten während des Krieges zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengearbeitet. Die gemeinsame gewerkschaftliche Arbeit hat sich so bewährt, daß daraus der Gedanke eines dauernden organisatorischen Zusammenschlusses auf freigewerkschaftlicher Grundlage erwuchs. Diesen Gedanken in weiten Kreisen zu propagieren — es gibt außer den genannten Zentralverbänden noch einige zwanzig kleinere Solovereine in Berlin — war der Zweck der großen Versammlung, welche die Arbeitsgemeinschaft einberufen hatte.

Der Referent Hegerwald vom Gastwirtschaftsverbände betonte, daß nur die einheitliche Organisation die Interessen der Angestellten mit Erfolg vertreten kann. Als wichtigste Aufgabe der gewerkschaftlichen Arbeit bezeichnet er die Einführung des Achtstundentages und die Forderung fester Löhne bei Abschaffung des Trinkgeldwesens. Als Wochenlöhne werden gefordert für Personal mit Sprachkenntnissen: Oberkellner und Portiers: 115—150 M., Zimmerkellner 60—90 M., für Personal ohne Sprachkenntnissen: Oberkellner 85—125 M., Zimmer- und Saalkellner 60—80 M., Hotelkellner 40—75 M., Kagen 18—25 M., Zimmermädchen um 40—50 M.

Außer dem Referenten sprachen auch Vertreter der anderen zur Arbeitsgemeinschaft gehörenden Organisationen für den Zusammenschluß mit dem Gastwirtschaftsverbände. Eine Vertreterin der Kellnerinnen erklärte, daß weibliche Bedienungspersonal werde den aus dem Krieg zurückkehrenden Männern die Plätze räumen, aber nicht denen, die sich als ungeliebte Kuchhaber in den Kriegsjahren eingeschoben haben. Zeitsche vom Gastwirtschaftsverbände forderte die Kollegen auf, den Kriegsteilnehmern ohne weiteres Platz zu machen. — Unter brüllendem Beifall teilte der Redner mit, daß die Angestellten des „Reinhold“ den Achtstundentag durchgesetzt haben, der sofort eingeführt werden soll.

Einmütig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung stellt sich einmütig auf den Vorden der Einheitsorganisation. Nachdem fast sämtliche Gewerkschaften und -vereine ihren Einfluß an die freigewerkschaftliche Organisation des Verbandes der Gastwirtschaftsverbände übertragen haben, verpflichten sich die Anwesenden, für die Forderungen der Einheitsorganisation einzutreten und deren Durchführung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen. Insbesondere:

1. Für das ganze Reich die Abschaffung der gewerkschaftlichen und privaten Stellenvermittlungen in unserem Gewerbe und Ausgestaltung der städtischen stützenden Arbeitsnachweise, die allein für die Vermittlung zulässig sind.

2. Strikte Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit.

3. Einführung fester, auskömmlicher Löhne, Abschaffung des Trinkgeldsystems und Beseitigung jeglicher Nebenabgaben.

Die Versammlung fordert die Gewerkschaft des ganzen

Deutschen Reiches auf, unter Beibehaltung nachzuahmen und rücksichtslos die Interessen der Kollegen zu vertreten und so die Einheit in schärfster Weise zu demonstrieren.“

Gewerkschaftsmitglieder!

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend veranstaltet durch Vermittlung des Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur am Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Zentraltheater (früher Herrfeld), Kommandantenstraße, eine Theateraufführung.

Zur Aufführung gelangt: „Die Säulen der Gesellschaft“ von Höpfer.

Der Eintrittspreis für eine Person beträgt 1,50 M. einschließlich Kleiderablage. Karten zum Preise von 1,50 M. sind vom 4. Dezember ab bei der Berliner Gewerkschaftskommission, Berlin SO 16, Engelauer 15, 1. Stod, Zimmer Nr. 15, von 9 bis 12 1/2 Uhr vor- und 4 bis 6 1/2 Uhr nachmittags in Empfang zu nehmen. Die Plätze werden im Theater ausgelost.

Die Gewerkschaftsmitglieder werden gebeten, sich rechtzeitig mit Karten zu versehen. J. K.: Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend.

Der Achtstundentag im Baugewerbe.

Die allgemeine Einführung des achtstündigen Arbeitstages hat im Baugewerbe, in dem in den Wintermonaten meist weniger als acht Stunden gearbeitet wird, zu einer erheblichen Erhöhung der Stundenlöhne der Arbeiter geführt, die in den meisten Orten, die bisher zehnstündige Normalarbeitszeit hatten, 25 Proz. beträgt, in Orten mit geringerer Normalarbeitszeit entsprechend weniger. Nach einer Entscheidung des Zentralausschusses, der mit der Durchführung der zwischen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und den Zentralen der Gewerkschaften abgeschlossenen Vereinbarung vom 15. November d. J. beauftragt ist, sind die erhöhten Löhne bereits vom 30. November ab zu zahlen. Wo durch Vereinbarung bereits vorher ein Lohnausgleich vorgenommen ist, soll es dabei sein Bewenden haben. Die baugewerblichen Tarifverträge zwischen Arbeiter- und Arbeitgeberverbänden bleiben im übrigen bis zu ihrem Ablauf Ende März 1919 bestehen. — Die Bauunternehmer werden, wie der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe mitteilt, soweit vor dem 30. November abgeschlossene Bauverträge in Betracht kommen, von ihren Auftraggebern besondere Vergütung der ihnen durch die unvorhergesehene Lohn-erhöhung entstandenen Aufwendungen fordern. —

Parteinachrichten.

Vom Fortschritt der Parteipresse.

Das „Bachumer Volksblatt“ hat seit dem 9. November 20000 neue Abonnenten gewonnen.

Die „Niederheinische Volksstimme“ in Duisburg gewann in den letzten Wochen 10000 neue Bezirker.

Eine Einigung beider Richtungen in der sozialdemokratischen Partei ist in Hildesheim a. M. im Wahlkreise Höchst erzielt worden. Zugleich kam ein Beschluß zustande, ohne jede Rücksicht auf den bevorstehenden Parteikampf zusammenzubleiben.

Die Hamburger „Volk-Zeitung“ im Besitz der Unabhängigen.

Das von den Hamburger Spartakisten zur Befreiung ihrer weltanschaulichen Ideen gemeinsam mit den Unabhängigen ge-

gründete Organ „Die rote Fahne“ ist nun in den alleinigen Besitz der letzteren übergegangen. Die Unabhängigen haben die Direktorialen ausgeschickt, nachdem sich herausgestellt, daß ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit ihnen unmöglich ist.

„Der Sozialdemokrat“.

Diesen Titel trägt die von der Braunschweiger Sozialdemokratie jetzt herausgegebene neue Wahlzeitung. Da der „Volkstreue“ unseren Genossen durch die dem Spartakusbunde nahestehenden Kreise auf Grund brutaler Gewalt entzogen wurde, soll der „Sozialdemokrat“ nunmehr das Blatt sein, um das die auf dem Boden der alten sozialdemokratischen Partei stehenden Anhänger sich sammeln und im bevorstehenden Wahlkampf in ihrem Sinne wirken werden.

Industrie und Handel.

Die Börse.

Die Börse war am Donnerstag ausgesprochen flau. Montanwerte verloren durchschnittlich 5 bis 10 Proz., Phönix gar 19 Proz. Von oberdeutschen Papieren waren Laurahütte am stärksten in Willeibensdank gezogen. Von Rüstungswerten blühten Rheinmetall 20 Proz. ein; sie notieren jetzt 133 Proz. und mit die ältesten Börtenbesitzer wissen von der guten alten Zeit — lang, lang ist's her — zu erzählen, wo man sich für zu 700 an den Händen ein Stück Kanalfisten waren ausgeprochen schwach: Deutsche Lauf sanken um 5 Proz. auf 105, Diskontoanteile von 155% auf 152%, Ueberliffe zu sagen, daß der Kassamarkt auf der ganzen Linie das Bild völliger Herrütung trug. Um je ein Prozent höher notieren folgende als Kuriositäten schätzbare Papiere: Omnibusgesellschaft, Teletokenal, Luther Maschinen, Barmmer Papier, Simonsau.

Am bedauerlichsten war aber eine ungemein scharfe Bewertung der preußischen und Reichsanleihen, die zum Teil sehr erheblich schlechter als die Anleihen von süddeutschen Staaten oder als Stadtanleihen oder als Pfandbriefe notieren. Dadurch wird eine höchst gefährliche Panikstimmung in weiteste Kreise getragen. Unter diesen Umständen muß es auf scharfe getadelt werden, daß zahlreiche Börtenbesitzer durch Rekorberlöufe aus der allermeinsten Verbottheit Gewinn schlagen. Wir fordern die Aufsichtsbörden der Börse auf, mit den schärfsten polizeilichen Mitteln dieses unpatriotische und konterrvolutionäre Treiben zu unterdrücken!

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erstellt. Fragen, denen keine Abonnentengattung beigemittelt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Bestträge Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. N. 83. 1. Unverständlich. 2. Nach erfolgter Auseinandersetzung mit den Kindern. — Konstanter 45. Nach den bisherigen Bestimmungen haben Sie leider keinen Anspruch — Verhandlungsgegenstand. Der Termin der Entlassung kann zurzeit noch nicht mitgeteilt werden. — Befehlstage 5. Anspruch auf den Anzug haben Sie nach den bisherigen Bestimmungen nicht. — Treptow 1888. Sie können auf Entlassung bestehen. — J. J. J. — A. S. Weissen. Werden Sie sich an die Kurlosgestelle Berlin, Poststraße 3. — J. J. J. Bis zum Ende der Warenlieferung folgenden 2. Kalenderjahres. — 2. G. V. An das Amtsgericht Berlin-Mitte, Post Friedrichstraße. — N. E. 120, S. 6. 71, R. S. Schulden 21. Leider nicht.

Beramtswort für Politik. Erich Anner, Berlin; für den letzten Teil der Wette: Alfred Schulz, Rostock; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Wanders-Verlagsdruckerei und Verlagsantiall Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage.

Eine Haushibliothek als Gratis-Prämie für alle Leser.

Alle Leser erhalten gegen Einsendung des nebenstehenden Gutscheinens ein Gratis-Probekopie der rühmlich bekannten illustrierten Zeitschrift

„Welt und Wissen“.

Dieses bringt von ersten Schriftstellern gemittelte verständliche Abhandlungen aus allen Wissenschaften. Jedes Heft enthält etwa 20 Artikel aus allen Gebieten.

Die Vielfältigkeit kennzeichnen einige Beispiele: Die Geheimnisse der Gedanken. Der Wille und dessen Gemahnde. Die Fernphotographie. Das Leben der Tierwelt. Warum ist die Sonne heiß. Sind Gedanken übertragbar? Photographie ohne Licht. Das Leben unter Wasser.

Jeder Teilnehmer von „Welt und Wissen“ erhält als Prämie eine große illustrierte Haushibliothek gratis und zwar jedes Jahr 3 Werke aus folgenden Wissenschaften: Länderkunde, Naturgeschichte, Astronomie, Völkertunde, Gesundheitslehre, Physik, Tierkunde, Entdeckungen, Chemie, Pflanzenkunde, Gesinnungen, Technik usw.

Gutschein V.

In den Verlag „Welt und Wissen“, Berlin-Schöneberg.

Ich bestelle hiermit gratis und franko ein Probekopie.

Name: _____ Ort: _____

A. WERTHEIM Herren-Kleidung

- Herren-Anzüge grau gemustert, moderne Formen 195.—
- Herren-Anzüge braune und grau gemustert, teils mit Rückengurt und Falte 250.—
- Herren-Anzüge gute Paßform 295.—
- Herren-Ulster u. Paletots dunkel gemustert 265.—
- Ulster f. junge Herren dunkel, braun gemustert 115.— 175.—
- Anzüge für junge Herren l- u. r-reihtig, in grau, braun, alle Größen 28, 40, 42, 44 165.—
- Herren-Beinkleider grau gemustert, sowie ge-bleicht 68.— 88.— 125.—

Herren Geh- und Sport-Pelze Militär-Pelze / Pelzwesten

in großem Sortiment, preiswert am Lager

Wenden und Umarbeiten von Herren-Garderobe Herrenhüte, Wäsche, Krawatten

- Herrenhüte weicher Haarfüll, verschiedene Farben . . . von 20.50 an
- Velourshüte gute Formen von 45.— an
- Knaben-Wintermützen Schwedenform von 10.25 an
- Hosenträger verschiedene Ausführung von 2.25 an
- Spazierstöcke auch mit Silberbeschlägen, in großer Auswahl
- Weiche Herren-Kragen von 2.75 an
- Selbstbinder große offene Form von 9.75 an
- Strickkrawatten große Farbauswahl von 10.50 an

Oberhemden, Kragen, Manschetten Vorhemden, Schlafanzüge

Bel-Rutsch schmiert alles!

Sonderangebot: Kältebest. Oele.

Heidestraße 34, Mbt. 9701/95.

Scheuertücher

50x70 cm, a. weich, a. saugf., Probetrad. M. 19.—, Handtücher a. weich, gut trocken, 50x100 cm Probetrad. M. 6.—, Mindestabgabe je 1 Duz., groß. Pos. et billig. Männeranzüge M. 25.—, Frauenanzüge M. 35.—, M. 3.80, m. L. 2.80, M. 7.80, M. 8.80, M. 1.25 u. 1.75, m. L. 2.80 u. 3.80, Kleideranzüge m. Aermeln M. 28.—, Knabenanzüge v. M. 3.—, p. St. Mädchenanzüge M. 3.—, je n. Größe v. M. 3.95—6.40 p. Stck. Kleiderform je n. Größe v. M. 6.40—11.20 p. Stck. Alle Aufträge über M. 20.— franco.

Aug. Rettig, Dessau-D.6.

Abteilung Textilwaren, Spez. erstkl. Zellstoffgewerbe, Mähung, Sündler, 159/9

Steppdecken

Seunen—Steppdecken in reicher Auswahl, Bernhard Strohmändel, Berlin S. Wallstr. 72, Filial: Josephsthalerstr. 25/26 u. Spittelmarkt, 2de Wallstraße, 111, Steppbed. web. aufverarbeit.

Möbel

Jeder Art preiswert Große Auswahl Möbel-Lechner BERLIN Brunnenstraße 7, Nähe Rosenfelder Platz, Teilzahlung gestattet.

Vortrag nur für Damen

Minna Kube

Frauenheilkundige.

Am Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Schillersaal (Schiller-Theater), Charlottenburg am Knie, Eingang: Bismarckstr. 110. Am Montag, den 9. Dezember, abends 7 Uhr, in den Prachtsälen des Westens, Spichernstr. 3. Am Mittwoch, den 11. Dezember, abends 7 Uhr, in den Sophiensälen, Berlin C, Sophienstr. 17/18.

Thema:

Frauenleben, Frauenleiden.

Sünden, welche die Frauenkraft vernichten. Die Frauenkrankheiten von den ersten Anfängen bis zu den schwersten Erkrankungen. Die operationslose Behandlung vieler Frauenleiden. Das Recht auf Gesundheit und Lebensglück.

Karten von 1—3 Mark an der Kasse. Kassenschließung 1 Stunde vor Beginn. Vorverkauf nur Potsdamer Str. 86 II.

Die Einberuferin: F. Kauhut, Berlin W, Potsdamer Str. 86 II.

Nebenverdienst!

— auch Hilfe beim Wiederaufbau der Existenz — dauerndes, hohes Einkommen. Keine Versicherung! Kein Schulden an Bekannte! Keine Schreibarbeiten! Begrenzt im Laufe der Zeit! Keine Anstrengungen. Bestanden ein Beispiel! Nr. 102 von Berlin: Schließfach 124, Dresden A. 1.

Stellungs-Anzeige

Rechtsabteilungen u. sonst. schriftlich zu erledigen. 3712. G. v. L. u. L. 108. Charlottenburg, am Rind. Schreibmaschinenfabrik.

A Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen Strasse Kolthuser Damm Wilmersdorfer Strasse



1 Zuckerschale
1 Salzgefäß
zusammen **95 Pl.**



3 Königgläser mit Deckel **95 Pl.**
1 Kuchenteller **95 Pl.**
1 Kompottschale **95 Pl.**
1 Senftopf Pressmuster **95 Pl.**



3 Wassergläser **95 Pl.**



4 Likörgläser verschiedene Formen **95 Pl.**
2 Hyazintengläser weiss oder bunt **95 Pl.**



2 Eis-schälchen mit Obstschalen **95 Pl.**
1 Honigdose **95 Pl.**



1 Leuchter **95 Pl.**
1 Vaso **95 Pl.**

Emalle

1 Trinkbecher **95 Pl.**
1 Schaumlöffel **95 Pl.**
1 Wassertrichter **95 Pl.**
1 Schöpflöffel **95 Pl.**

Schreibwaren

50 Kartenbriefe **95 Pl.**
1 Tuschkasten mit guten Farben **95 Pl.**
10 Bleistifte mit Schaber **95 Pl.**
50 Kant-Umschläge **95 Pl.**
2 Briefböcke **95 Pl.**
2 Rollen Feinleitpapier **95 Pl.**
100 Blatt Butterbrotpapier **95 Pl.**
100 Postkarten **95 Pl.**
25 Berliner Ansichtskarten **95 Pl.**
1 Brieftasche **95 Pl.**
1 Poesie-Album **95 Pl.**
10 Meter Schreibpapier **95 Pl.**

Wirtschaftsartikel

1 Aermelplättbrett **95 Pl.**
1 Quirlbrett Holz **95 Pl.**
3 Bretchen **95 Pl.**
1 Stielknecht **95 Pl.**
1 Küchenmesser **95 Pl.**
1 Esslöffel **95 Pl.**
2 Scheibengardinenstang. **95 Pl.**
1 Dose Messerputzschmirgel. **95 Pl.**
1 Gebäckkasten **95 Pl.**

Bunt Porzellan

1 Milchtopf mit Blumenverzierung **95 Pl.**
1 Kindertasse mit Aufschrift **95 Pl.**
1 Hippos **95 Pl.**

Weiss-Porzellan

3 Obertassen versch. Sorten **95 Pl.**
1 Zuckerdose **95 Pl.**
10 Untertassen **95 Pl.**
2 Abendbrotteller **95 Pl.**
3 Kuchenteller **95 Pl.**
1 Tasse massiv m. Untertasse **95 Pl.**
1 Milchtopf versch. Formen **95 Pl.**

Parfümerien

1 Flasche Bay Rum **95 Pl.**
1 Flasche Mundwasser .. **95 Pl.**
1 Flasche Birkenwasser **95 Pl.**
1 Flasche Franzbrantwein **95 Pl.**
1 Flasche Köln. Wasser **95 Pl.**
8 Pakete Blitzblank **95 Pl.**
3 Rasierklingen **95 Pl.**
1 Taschenkamm im Behälter **95 Pl.**
1 Tube Hautpasta **95 Pl.**
1 Tube Zahnpasta **95 Pl.**



3 Gewürzdosen **95 Pl.**



1 Königskuchenform **95 Pl.**



2 Leuchter mit Porzellan-tüllen **95 Pl.**



1 Bäckform **95 Pl.**



2 Tassen mit Untertassen **95 Pl.**



2 große Obertassen **95 Pl.**



2 Kaffeeteller weiss oder bunt **95 Pl.**



2 Milchtöpfe mit Kinderbild-Porzellan **95 Pl.**



1 Hyazintentopf Porzellan mit Goldrand **95 Pl.**



1 Vorratsdose mit Henke **95 Pl.**



6 Eierbacher Porzellan **95 Pl.**



1 Senf-Pfeffer- u. Salzgefäß **95 Pl.**



1 Spoinapf Porzellan **95 Pl.**



1 Tasse mit Untertassen, Porzellan **95 Pl.**

Am 11. 11. 1918. Im Grobdruckmagazin, Kreuzauer Allee 80, der Berliner sächsischen Gastwirts Innung sind 125.000 kg alte Kupferne, aber noch brauchbare Randelaker nebst Zubehör, Randelkerfische usw., welche im Wege der öffentlichen Auktionen meistbietend verkauft werden sollen. Allgemeine und besondere Bedingungen, bezüglichen Zeichnung und Aufstellung für den Verkauf liegen in der Hauptrezepitur der sächsischen Gastwirts, G. 2, Neue Friedrichstraße 109, I, Zimmer 117, wochentags von 9-3 Uhr, zur Einsicht aus und werden daselbst gegen Erstattung von 1,20 M. für alle verabsolgt, auch hierfür ein auswärteriger Anbieter portofrei versehen. Die Preisangebote sind bis zum 12. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr, mit der Aufschrift: „Angebot auf alte Randelaker M.“ postmäßig verschlossen an die unterzeichnete Direktion, G. 2, Neue Friedrichstraße 109, I, einzuliefern. Die gemäß § 11 der Bedingungen zu hinterlegende Mietungssicherheit von 500 M. ist vor dem Termin im Zimmer 117 einzuzahlen. Berlin, den 24. November 1918. Direktion der sächsischen Gastwirts.

Arbeiter- und Soldatenräte des Kreises Teltow.
Eine Konferenz der Delegierten findet am Sonntag, den 8. Dezember 1918, morgens 10 Uhr, in Köhler's Hof in Berlin, Dammstraße 13, statt. Jeder Arbeiter- und jeder Soldatenrat hat an dieser Konferenz je einen Delegierten zu entsenden. Die Delegierten müssen mit einem von den örtlichen Räten gestempelten und unterschriebenen Mandat versehen sein. Die Tagesordnung wird in der Konferenz angegeben. Persönliches Erscheinen aller Delegierten ist dringend erforderlich.
Zentralkasse des Arbeiter- und Soldatenrates des Kreises Teltow. H. A. Hey Pagels.

Flugzeugführer!
Wir müssen uns zusammenschließen, um unsere wirtschaftlichen Interessen zu wahren. Kommt alle am Montag, den 9. Dezember 1918, 5,30 Uhr, zum „Heidelberger“, Friedrichstraße 149/150.
H. A. Rettig, Binder, Bez.

Pferdeverkauf.
Am Sonnabend, den 7. Dezember, vormittags 10 Uhr, findet im Erjay-Pferde-Depot des Gardekorps in Berlin, Prinz-August-von-Württemberg-Straße, eine Versteigerung von Pferden aller Klassen gegen Bargzahlung statt. Zugelassen werden nur Landwirte und Gewerbetreibende, die im Besitze eines amtlich beglaubigten Ausweises sind. Händler sind nicht zugelassen. Der Verkauf findet in der Maschinengewerbe-Abteilung in der Friesenstraße, gegenüber der Augustiner-Kaserne, statt. Strahlenbahn-Einfahrt der Linie 42 und 114. Die Auktion findet statt für die Inhaber roter Pferdearten. 287/18

Wer will?
Wir beschäftigen, eine Verzinkerei (Zerger- und Elektro-Industrie) zu gründen. (Zergerie Eisen, Messing usw.) Wir suchen dazu einen Fachmann, der lange in der Branche tätig war und sich selbst mit den neuesten und modernsten Methoden. Offerten unter J. J. 4249 befürwortet Rudolf Hoffe, Berlin SW. 19, 10091

Sämereien neuer Sorte!
Angenehme Hyazinthen, Gartengeräte empfohlen.
E. Böse & Co., G. M. Landsberger Str. 66.

Architekten ++ Hausbesitzer Staats- u. Kommunalbehörden

schaftt Arbeitsgelegenheit für die aus dem Felde zurückkehrenden Handwerker und für unsere Kriegsarbeiter. Wir wollen recht vielen Handwerkern

Schlosser + Schweisser Dreher + Tischler + Maler

die Möglichkeit geben, sich durch Friedensarbeit zu ernähren. Für jeden, auch den kleinsten Auftrag, sind wir unseren Geschäftsfreunden dankbar und stehen mit Kostenanschlägen gern zur Verfügung.

Otto Lubitz, Großschlosserei Berlin, Neue Königstr. 72.
Bergmann, Flugzeugersatzteilbau Berlin, Neue Königstr. 85.

Konverts Wahlzettel

und

Wahlzettel

für die Nationalratswahlen empfiehlt

Graph. Kunstanstalt Jos. C. Huber, Dieffen vor München
Telephon: Nr. 88 Telegramm: Huber Dieffen 1112

Achtung! Arbeiter.

Auf Grund des Abkommens mit der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgebung: Arbeiter der Metallindustrie, des Transport- und Fuhrwesens, der Chemischen- und Vanindustrie sowie der Industrie für Stein und Erde aus Betrieben die weniger als 40 Arbeiter beschäftigen, erhalten

billige Kleidung

gegen Abgabe eines Bezugsscheins und eines Ausweises vom Arbeitgeber in der K.V.G., Abteilung für Arbeiterversorgung, Berlin SW., Kommandantenstr. 82. Verkaufszeit 9-12 und 3-5 Uhr.

Pelzwaren!

spez. Stunklöser, Mäntel, Kleider usw.
Electricfan, Sealbium, Damenmäntel.
Eingelagerte zu ermäßigten Fabrikpreisen. 1012
Pelzwarenfabrik Robert Faehler,
SW. 19, Kreuzenstr. 41 (am Dönhofsplatz).
Verkaufszeit: 9-12, 3-5 Uhr.

Antik, Gelegenheitskäufe!

mitte schöne Schmucke, Silber, Porzellan, Gold, Uhren, Schmuck, etc. etc.
Antik, Rosenthaler Str. 30, nur Verkauft, 1-3 Tr. 6-11, 4-7, Norden 10872.

Wie ein Wunder

besitzt San-Rat Haussalbe Dr. Strahl's Hautausschl. Flecht. Hautjuck., des. Beseitig., Krampfadern d. Frauen u. dergl., in Originaldos. 2,25 + 25, 750 erhältlich in der „Elefant-Apothek“ Berlin SW 1, Leipziger Straße 74 (a. Dönhofspl.)

Billiges Geflügel.

Wachteln, Hühner, Enten, etc. etc.
Fran Gruschke, Reanderstr. 32, nahe Rappiner Straße, 142, und Händlstr. 124.

Zigarren

100 Stück v. 50 Mk. an Zigaretten in verschiedenen Preislagen. Beste Bezugsquelle L. Gastwirts L. Mannheimer, Berlin, Bergmannstr. 1, (nahe Kreuzn.) mit echtem Friedenskautschuk

Künstl. Zähne

Goldkronen, Brücken, Plomb. Zähne ohne Platte, Zahn u. Betäub., Umarbeit., Reparat., sofort. Billig. Preis, auch Teile
Zahnpraxis M. Löser, Brunnenstr. 185, zw. Rosenthal-Platz u. Invalidenstr. Sprechrz. 9-12, 3-7, Sonntag 10-12.